

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 85

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 10. April

Er erscheint wöchentlich 4 mal  
Gratis beilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

### Kleine Zeitung für eilige Leser

\* Zwischen dem Deutschen Reichskanzler Brüning und dem Österreichischen Bundeskanzler Schöner fand ein Telegrammwechsel statt, in dem die Schicksalsverbundenheit der beiden Völker betont wird.

\* Der Reichskohlenrat hielt in Berlin seine Vollversammlung ab, in der die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft ausführlich erörtert wurde.

\* Der Steuerauschuß lehnte die Biersteuererhöhung mit großer Mehrheit ab.

## Staat und Wirtschaft.

Kritische Tage — und das nicht bloß für Kabinett und Reichstag. Kritische Tage — nicht minder für die Wirtschaft, für Arbeitgeber, die auf Besserung der Konjunktur hoffen, und für das Massenheer der Arbeitnehmer, die aus dem Produktions- und Verteilungsprozeß ausscheiden mußten und wieder mit allen Kräften dorthin zurückdrängen. Probleme über Probleme verschiedenster Art, politischer und wirtschaftlicher Natur — und auch diese wieder in- und durcheinandergehend, sich bedingend, voneinander abhängig. Verwirren sich die Grenzen zwischen „Staat und Wirtschaft“ — ein Thema, über das, ohne sonderlich dadurch erheblich an Klarheit zu gewinnen, so unendlich viel geredet und geschrieben worden ist. Und das um so brennender wird, je mehr allein schon die Wirtschaft oder wichtige Teile von ihr hinausstreben, Bindungen eingehen über die Grenzen des eigenen Staates hinaus.

Was kann der Staat von „der Wirtschaft“ verlangen, was umgekehrt die Wirtschaft vom Staat? Wieder einmal wird dieses schon in seinen Ausgangspunkten wechselnde Thema zum Hauptgegenstand der Verhandlungen gemacht, mit denen die 50. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, also der Spitzenorganisation der deutschen Handelskammern, eingeleitet wurde und das diese Tagung überschattet. Daß die Verschiebung zwischen dem Staat als der geordneten politischen Einheit eines Volkes und der Wirtschaft als dem Mittel, Lebensgrundlagen für das Volk zu schaffen, zu erhalten mit wachsender Bevölkerungszahl auszubauen, ganz unzerstörbar eng geworden ist, ergibt sich schon aus dem Charakter des modernen Staates als eines Wohlfahrts- und Fürsorgestaates. Aus seinen sozialen Verpflichtungen, die vom Arbeitnehmer wie vom Arbeitgeber zum mindesten in Deutschland als selbstverständlich anerkannt werden. Und aus der früheren „Nachwachstumsfurcht“ des Staates gegenüber der Wirtschaft — einer Rolle, die übrigens immer nur theoretische Forderung, nie völlige Wirklichkeit blieb — fiel Stück um Stück ab, je mehr der nationale Gedanke in Europa, dann in Amerika, jetzt auch in Asien die Wirtschaften der Völker erfüllt. Denn jetzt tritt der Staat nach außen hin immer stärker als Vertreter seiner Volkswirtschaft auf und z. B. die Entwicklung der allseitigen Hochschutzzollpolitik ist, von hier aus gesehen, fast eine Selbstverständlichkeit, der sich ja auch England längst nicht mehr verschloß. Weltwirtschaft wird zum politisch durchdrängten, beeinflussten und schließlich auch bisweilen regulierten Weltwirtschaftskampf der Staaten gegeneinander. In dieser Regulierung aber tritt auch wieder der Staat als Anwalt der Interessen seiner Volkswirtschaft auf. Auch der eigenen Wirtschaft gegenüber, weil er bei dieser Regulierung wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern sehr oft eigene widerstrebende Interessen ausgleichen muß zum Besten — oder wenigstens des gewollten Besten — des ganzen Volkes und seiner Wirtschaft.

Mit besonderer Deutlichkeit wurde auf dem Industrie- und Handelstag aber eine für Deutschland ganz singulär obwaltende Charaktereigenschaft des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft berührt: Deutschland ist „Reparationsstaat“, hat politische, staatliche Bindungen eingehen müssen für die Ausführung wirtschaftlich-finanzieller Leistungen. Daraus ergeben sich auch wieder weitgehende Eingriffsrechte des Staates in die deutsche Volkswirtschaft, haben sich freilich auch Absplittierungen von dieser an sich unbedingten staatlichen Hoheit gebildet in der Reichsbank und der Reichsbahn. Leider aber entstehen auch gerade von diesen beiden Seiten her aus Gründen ihrer reparationspolitischen Verpflichtungen überaus einschneidende und bisweilen sehr wenig erfreuliche Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

Und darüber hinaus auf das Leben und die Betätigung des Staates als der politischen Organisationsform des deutschen Volkes selbst. Auf die Regierung, auf den Reichstag und seine Parteien. Wenn zu den an sich schon vorhandenen Schwierigkeiten auch noch irgendwelcher wirtschaftspolitischer Dogmatismus und ungesunder Egoismus hinzukommt — und beides erfolgt allzuoft —, dann messen sich die Kräfte dieser vorstehenden Teile mit denen des übrigen Ganzen. Und jene siegen so manches Mal — zum Unheil des wirklichen Ganzen. Denn die Frage ist ja ganz falsch gestellt: Staat oder Wirtschaft? Denn der Mensch ist nicht nur Lebewesen, „vegetiert“ nicht nur, sondern ist Teil seines Volkes, in dem er lebt. Beides überschneidet sich, aber beide Seiten haben auch die jeder von ihnen „eigentlichen“ Aufgaben, die aber wieder jedes von den beiden nicht ohne das andere lösen kann. Am wenigsten in Deutschland.

Ich vergleiche die Wirtschaft mit dem Herzen, das das Blut durch die Adern des Staates treibt und ihn lebensfähig erhält, äußerte auf dem Industrie- und Handelstages in treffendem Bilde der Reichsverkehrsminister Dr. v. Guérard, um mit Recht hinzuzufügen: „Daraus folgt die absolute Verbundenheit von Staat und Wirtschaft!“

## Vor neuen Aufgaben

### Politik das Schicksal der Wirtschaft.

Sublänkstagung des Industrie- und Handelstages.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag trat in Berlin unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Mendelssohn zu seiner 50. Vollversammlung zusammen. Von den Versammlungsteilnehmern sah man den Reichswirtschaftsminister Dietrich, den preussischen Handelsminister Schreiber, den Reichsbankpräsidenten Luther, den Generaldirektor der Reichsbahn, Dormmüller, sowie zahlreiche Vertreter der Landesregierungen, des Reichsrats und des Reichstages, der Reichs- und Staatsbehörden, der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, der Presse sowie endlich der deutschen Industrie- und Handelskammern und der deutschen Auslandshandelskammern.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Franz von Mendelssohn, daß der Pessimismus, der vielfach hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft bestehe, nicht recht zu behalten brauche, wenn endlich ein fester, erfolgverbürgender Wille der politischen Führung die große Wendung zu einer folgerechten Politik der Wirtschaftsförderung zugunsten aller Volksgenossen finde. Statt der oft gebrauchten Antithese „Die Politik ist das Schicksal“ oder „Die Wirtschaft ist das Schicksal“ gelte gerade jetzt der Satz:

„Die Politik ist das Schicksal der Wirtschaft“

und damit des ganzen Volkes.

Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Franz von Mendelssohn das Wort ergriff, überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung. Er führte aus, daß die Tagung unter eigenartigen Verhältnissen stattfinde, da sie nicht nur in eine starke Depression, sondern auch in

eine schwere politische Krise

fiel. Er sei der Meinung, daß wir zu einer dauernden Senkung der direkten Steuern, insbesondere der Realsteuern, nur dann kommen können, wenn die Besteuerung des entbehrlichen Konsums in Deutschland auf der ganzen Linie ausreichend ausgebaut sei. Völlig unmöglich sei es, daß die Biersteuer nur 400 Millionen Mark bringe. Die Arbeitslosen müßten gegen Hunger und Not geschützt werden. Trotzdem müsse aber festgestellt werden, daß ein Teil der heutigen Arbeitslosigkeit die Folge des Systems der Arbeitslosenversicherung sei. Der Minister ging alsdann auf

die Notlage der Landwirtschaft

ein. Er glaube, daß durch die letzte Zollnovelle vom 26. März ein Schutz der inländischen Kornproduktion erreicht sei, der ausreiche. Die Ermächtigung, die die Reichsregierung bekommen solle, die Zölle im Bedarfsfalle zu erhöhen oder herabzusetzen, könne nur noch den Zweck haben, dann einzugreifen, wenn die in den Hauptproduktionsländern aufgestellten Getreidemengen planlos auf den Weltmarkt geworfen werden sollten. Das Entscheidende zur Besserung der Lage der Landwirtschaft liege jedoch bei der Frage der Drofflung der Zufuhren. Die Lösung dieses Problems werde erschwert durch den Gegensatz zwischen den Interessen des deutschen Ostens und denen des Westens und Südens. Man müsse versuchen, die Produktion des Ostens zu schützen, ohne den Westen und Süden zu schwächen. Der Minister wies dann darauf hin, daß man noch mehr als bisher bei der Handelspolitik das

Augenmerk auf die Oststaaten richten müsse,

die bereit seien, unsere Waren abzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkte müsse man auch unsere Handelspolitik gegen-

über Polen und Rumänien werten. Der Minister schloß mit der Feststellung, daß man trotz der Schwere der Zeit den Glauben an die Zukunft nicht verlieren dürfe.

Als erster Redner der Tagesordnung sprach der Präsident der Deutschen Handelskammer für Spanien in Barcelona, Wilhelm Schulz, über „Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den

Auslanddeutschen und der Heimat“.

Er führte aus, daß die Auslanddeutschen, die dem kaufmännischen Berufe angehörten, die für den deutschen Außenhandel gegebenen Stützpunkte seien.

Darauf sprach Dr. Moritz Lönnne über „Arbeit und Kapital im Dienste der deutschen Wirtschaft“. Sicher sei, daß das Kapital in der Hand der Unternehmer der Kapitalbildung und damit der Wirtschaftsbesserung unmittelbar und mit größerer Sicherheit zugeführt werde als das Kapital in Arbeiterhänden. Wenn die Kapitalneubildung für weite Schichten der Wirtschaft unzureichend geblieben sei, so dürfe man sich nun nicht etwa einbilden, daß die aufgezeigten Fehler durch eine Veseitigung des kapitalistischen Systems behoben werden könnten. Nachdem der Redner das kommunistische Idealziel abgelehnt hatte, setzte er sich für einen mehrjährigen Lohnfrieden

ein. Reichsminister a. D. Dr. Sam m, erstes geschäftsführendes Präsidialmitglied des Industrie- und Handelstages, sprach dann über „Pflichten und Ansprüche der Handelskammern für die deutsche Wirtschaft“. Er führte aus, daß es nicht an Anlässen zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage fehle, es komme darauf an, die Ansätze der Besserung sorgfältig zu pflegen. Hoffnung auf einen Aufstieg könne gehegt werden, wenn der Staat den Aufstiegsträften zu Hilfe komme. Eine umfassende Politik der Wirtschaftsförderung sei nicht zuletzt auch die unausweichliche Folge der Annahme des Young-Plans. Die Grenze berechtigter Sozialpolitik liege in der Leistungskraft der Volkswirtschaft. Zum Schluß betonte der Redner, daß die Kreise der gewerblichen Wirtschaft sich tauglichen Plänen der neuen Reichsregierung auf

Erzielung eines angemessenen Preises für landwirtschaftliche Erzeugnisse

nicht versagen würden. Schließlich sprach der Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn, Dr. E. F. von Siemens, über „Das alte und das neue Reichsbahngesetz“. Er führte mit besonderem Nachdruck aus, daß die finanzielle Lage der Reichsbahngesellschaft stets günstig erhalten werden müsse, damit der Beschaffung neuer Kapitalien zu möglichst billigen Zinssätzen keine Schwierigkeiten erwachsen, da sonst die Gesellschaft ihrer Verpflichtung, den Verkehr zu entwickeln und den veränderten Verhältnissen anzupassen, nicht entsprechen könne.

### Die Entschlieungen.

Die Tagung fand ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer Entschlieung, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß die Wirtschaft nur gedeihen könne, wenn den Betrieben wieder ein angemessener Ertrag gegeben und die Erneuerung des Sach- und Geldkapitals möglich gemacht werde. Staats- und Wirtschaftswohl verlangen eine grundsätzliche Wendung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zu dem doppelten Ziel der Hebung der Produktivität der deutschen Gesamtwirtschaft und der Ordnung der öffentlichen Finanzen wäre die Grundlage eine möglichst geringe Belastung des nationalen Arbeitsertrages. Für die Handelspolitik dürfte auch weiterhin nur der Gesichtspunkt des überwiegenden Nutzens für die Gesamtheit entscheidend sein. Die Ausfuhrbedürfnisse der Industrie müßten durch Erhaltung und Ausbau geeigneter Handelsverträge möglichst gefördert werden.

## Verstärkte Schwierigkeiten

### Die Biersteuererhöhung abgelehnt.

Die Reichsregierung auf der Deckungssuche.

Für die Reichsregierung haben sich die Schwierigkeiten, die notwendigen Mittel zur Balancierung des



Dr. Schäffer,

der von Hindenburg empfangen wurde.

Stats zu verschaffen, abermals verstärkt. Der Steuerauschuß des Reichstages hat nach kurzer Aussprache die Biersteuererhöhung mit großer Mehrheit abgelehnt. Für die Vorlage stimmten nur das Zentrum, die Deutsche Volks-

partei und die Demokraten. Die übrigen hinter der Regierung stehenden Parteien lehnten gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen, den Kommunisten und Nationalsozialisten die Vorlage ab.

Nachher wurde die Vorlage über die Industriebelastung für 1930 in Höhe von 350 Millionen (Fälligkeitstermine 15. August 1930 und 15. Februar 1931) angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Aufbringungsvorlage einen Artikel II anzufügen, der für 1930 einen zehnprozentigen Einkommenszuschlag für Einkommen über 8000 Mark vorschreibt, wird mit sehr knapper Mehrheit (14 : 13 bei einer Stimmenthaltung) abgelehnt. Damit ist die Ausschlußberatung der Deckungsvorlagen beendet.

Außer den im Ausschuß abgelehnten Vorlagen über die Tabaksteuer und die Mineralwassersteuer ist nun also auch das Hauptstück des Steuerprogramms, die Biersteuer, deren Gesamtwert 370 Millionen Mark ausmachte, wovon 240 Mill. Mark das Reich und 130 Mill. Mark die Länder erhalten sollten, gefallen.

Wie die Vollversammlung des Reichstages sich zu der Biersteuer stellen wird, bleibt noch abzuwarten. Allgemeine Beachtung rief der Empfang des Parteivorstehenden der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrats Dr. Schäffer, beim Reichspräsidenten in parlamentarischen Kreisen hervor. Über das Ergebnis des Empfanges wurde kein amtlicher Bericht ausgegeben. Bei der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Schäffer soll es sich in der Hauptsache um die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Biersteuer gehandelt haben. Einerseits soll der Reichspräsident den Versuch unternommen haben, die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zur Biersteuer zu gewinnen, andererseits soll Dr. Schäffer dem Reichspräsidenten die Gründe dargelegt haben, weshalb eine Annahme der Biersteuer für seine Partei unter keinen Umständen in Frage kommt.

## Was Schiele für die Landwirtschaft fordert

Ermächtigungsgesetz und Zollschutz.

Reichsernährungsminister Schiele hat sich bereits vor seinem Eintritt in das Kabinett mit unmissverständlicher Deutlichkeit über die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft geäußert. Es ist bekannt, daß er von ihrer energischen und unverzüglichen Durchführung seine Teilnahme an der neuen Reichsregierung abhängig gemacht hat.

Hierzu wird von Landbundsseite geschrieben: „Schieles Kritik an den bisherigen gesetzgeberischen Hilfsmaßnahmen richtete sich vor allem gegen ihre kurzfristige Begrenztheit, die nicht die notwendige Bewegungsfreiheit bot, um vor allem die Zölle der raschen Entwicklung auf dem Welt- und Binnenmarkt anzupassen. So hintert die Zollmaßnahmen

ständig hinter den Ereignissen her und konnten einen völligen Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Märkte nicht verhindern. Die Richtpreise von 230 Mark für Roggen und 260 Mark für Weizen, die man bereits in den Zollgesetzen vom Dezember 1929 der Landwirtschaft zuerkannt hatte, standen daher lediglich auf dem Papier. Sie endlich zu verwirklichen, ist das Ziel der Vorschläge des Reichsernährungsministers Schiele. Selbstverständlich ist es, daß dieses Ziel seine sinngemäße Anwendung auch in bezug auf

### die deutsche Viehwirtschaft

erfahren muß. Daher hat sich Reichsernährungsminister Schiele auch vor seinem Eintritt in das neue Kabinett die Zusicherung geben lassen, daß alle Mittel angewendet werden würden, um den Schweinepreis auf eine Höhe von 75 Mark zu bringen. Entsprechend dieser Zielsetzung ist der Kernpunkt der Vorschläge, die Reichsernährungsminister Schiele dem Reichskabinett zur Beschlussfassung vorgelegt hat,

### die Forderung eines Ermächtigungsgesetzes,

das dem Reichsernährungsminister ermöglicht, die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte entsprechend der wechselnden wirtschaftlichen Lage aus eigener Vollmacht herauf- und herabzusetzen. Die in den bisherigen Zollgesetzen vorgesehenen Höchst- und Mindestgrenzen, die immer wieder durch die rasche Entwicklung auf dem Weltmarkt überholt wurden, sollen also fallen. Auch die Festsetzung des Wertes der Einfuhrscheine soll in Zukunft dem Reichsernährungsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister obliegen. Erst durch diese Beweglichkeit würden die Zölle in der Tat zu dem stamplierten Instrument werden, das die schwer bedrohte Landwirtschaft angesichts der starken Überproduktion in der ganzen Welt so notwendig braucht. In notwendiger Ergänzung der Gestaltung der Getreidezölle sollen die Zölle für Mehl und Mülereiprodukte, Sago, Stärke und Dextrin erhöht werden.

Diese zollpolitischen Maßnahmen zum Schutz der deutschen Getreidewirtschaft sollen unterbaut und verstärkt werden durch die Einführung

### des Roggenbeimahlungszwanges

zu allen Mahlerzeugnissen aus Weizen und den Produkten daraus. Der Reichsernährungsminister soll ermächtigt werden, die entsprechenden Ausführungsbestimmungen von sich aus zu erlassen. Die Einführung des Beimahlungszwanges ist deswegen eine unerlässliche Ergänzungsmäßnahme zu den geplanten Zollmaßnahmen, weil die Kräfte des deutschen Roggenmarktes in stärkstem Maße durch die deutsche Überproduktion an Roggen verurteilt wird. Es ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine nationalpolitische Notwendigkeit, daß die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung befähigt ausgenutzt wird, bevor der deutsche Markt ausländischen Agrarprodukten geöffnet wird.

Besonders drücker hat sich ferner für die deutschen Viehmärkte stets

### die zollfreie Gefrierfleischzufuhr

ausgewirkt. Seit Jahren fordert daher die deutsche Landwirtschaft die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und die Wiedereinführung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes. Die Vorschläge des Reichsernährungsministers Schiele tragen dieser Forderung Rechnung. Begrüßenswert ist auch die geplante Ausdehnung des Einfuhrschemas auf alle Arten von Vieh und Fleisch. Ferner wird eine Zollherabsetzung für Talg, Speck, Schmalz und Palmöl gefordert.

### Für die deutsche Milchwirtschaft

soll durch Einführung eines Zolls auf Frischmilch und Erhöhung der Zölle auf Kondensmilch und Quark gefordert werden. Eine wesentliche Erhöhung sollen auch die Eierzölle erfahren. Soweit diese Zölle durch Handelsverträge gebunden sind, sollen unverzüglich entsprechende Verhandlungen eingeleitet werden. Der bisherige Zollsatz für Wein zur Schaumweinbereitung soll aufgehoben und der Reichsernährungsminister ermächtigt werden, den Zollsatz entsprechend der Wirtschaftslage festzusetzen.

Die aus dem Maismonopol und den Gerstenzöllen einkommenden Mittel sollen dem Reichsernährungsminister zur

### Marktstützung und Marktvereinigung,

sowie zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Verfügung gestellt werden. Reichsernährungsminister Schiele hat auf die entscheidende Bedeutung dieser Maßnahmen immer und immer wieder hingewiesen.

## Der Unfalltod in der Landwirtschaft.

Jährlich die Bewohnerzahl einer Landstadt getötet.

Von den rund 63 Millionen Bewohnern des Deutschen Reiches sind über 26 Millionen Personen bei der Reichsversicherungsanstalt — Berufsgenossenschaften, Reichsbahn, Reichspost und sonstigen Staats- und Gemeindebehörden — gegen Betriebsunfälle versichert, darunter bei den 40 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften rund 14 Millionen in der Landwirtschaft tätige Personen.

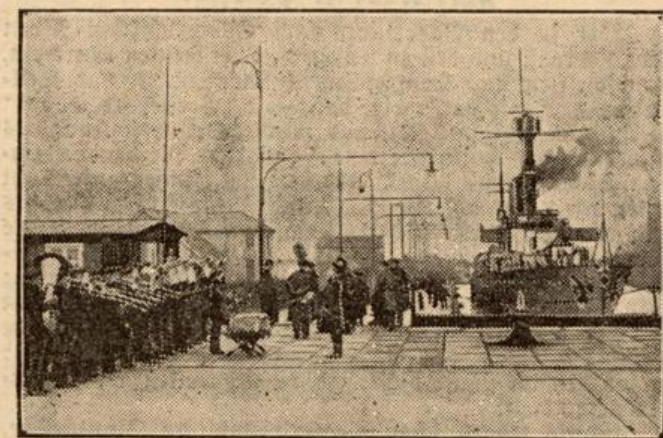
Im Jahre 1928 gelangten bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 245 920 Unfälle zur Anzeige, von denen 78 381 entschädigungslos verunglückten sind. Rund 380 000 Personen erhielten von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Rente. Von den 14 Millionen in der deutschen Landwirtschaft tätigen Personen erleidet demnach jede 57. jährlich einen Unfall, jede 179. jährlich einen entschädigungslosen Unfall, erhält jede 37. Person Unfallrente. Je 36 in der Landwirtschaft tätige Personen müssen für die 37. Person die Unfallrente mitarbeiten. Nahezu 80 Millionen Mark muß die deutsche Landwirtschaft jährlich für die durch Betriebsunfälle entstehenden Kosten an Renten, Heilverfahren usw. aufbringen.

Da nur solche Personen Unfallrente erhalten, die in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt, also nicht oder nicht mehr voll arbeitsfähig sind, so zeigt die hohe Zahl der Rentenempfänger, daß durch die Unfälle auch ein nicht unwesentlicher Ausfall an menschlicher Arbeitskraft verursacht wird. Dieser Ausfall muß durch Einstellung von Leuten und damit durch weitere Lohnausgaben ausgeglichen werden, trägt deshalb auch zur Steigerung der in den landwirtschaftlichen Betrieben fast aller Größenklassen immer mehr fühlbar werdenden Leutenot wesentlich bei.

Die Unfälle verursachen natürlich auch empfindliche Betriebsstörungen, die wieder nicht unwesentliche Verluste an Geld und Geldeswert zur Folge haben, besonders dann, wenn der Unfall während der Bestell- und Erntezeit eintritt, in der sich die Arbeit stark häuft und dringlich ist.

Werden alle diese Verluste an menschlicher Arbeitskraft, an Aufwendungen für Ersatzleute und durch Betriebsstörungen mit dem nur gleichen Betrag in Rechnung gestellt, den die Berufsgenossenschaften für die Unfallverletzten und deren Hinterbliebenen leisten, so ergibt sich für die deutsche Landwirtschaft durch die Unfallfolgen eine jährliche Belastung mit etwa 140 Millionen Mark, was zu einem Zinsfuß mit 5 Prozent kapitalisiert einer Vorausbelastung des landwirtschaftlichen Besitzes durch die Unfallfolgen mit nahezu drei Milliarden Mark entspricht.

Noch größer — aber unmeßbar — ist die Summe des menschlichen Leidens, das durch die Unfälle nicht nur bei den Verletzten selbst, sondern auch bei den Angehörigen und Hinterbliebenen ausgelöst wird. In den Jahren 1926 und 1927 sind zusammen 5300, also im Durchschnitt jährlich 2650 in der Landwirtschaft tätige Personen durch Unfälle getötet worden. Der landwirtschaftliche Betrieb erfordert demnach jährlich die Bewohnerschaft einer Landstadt allein an Todesopfern. Dazu kommen noch die vielen Schwerverletzten, deren Arbeitsfähigkeit ganz oder doch mit mehr als zur Hälfte verloren ist.



Die „Emden“ bei einem Zusammenstoß beschädigt.

Nach einem bei Lloyd aus Charleston (Südkarolina) eingetroffenen Telegramm ist der amerikanische Dampfer „Arlyn“ bei der Einfahrt ins Dock mit dem deutschen Kreuzer „Emden“ zusammengestoßen, wobei beide Schiffe leicht beschädigt wurden.

## Was der Tag bringt.

### Die steigende Flut.

Das Evangelische Deutschland weist darauf hin, daß nach den amtlichen Zahlen, die dem Reichstagsausschuß auf seinen Wunsch vorgelegt wurden, im Inland pro Kopf der Bevölkerung in der Nachkriegszeit verbraucht wurden an Bier und Branntwein (in Klammern): 1920: 37,8 Liter (0,81 Liter); 1922: 51,2 Liter (1,05 Liter); 1923: 44,9 Liter (0,58 Liter); 1924: 60,7 Liter (0,99 Liter); 1925: 75,4 Liter (1,05 Liter); 1926: 76,1 Liter (1,35 Liter); 1927: 80,8 Liter (1,32 Liter); 1928: 85,7 Liter (1,35 Liter); 1929: schätzungsweise 90,0 Liter. Abgesehen von dem zeitweiligen Rückgang in der Notzeit der Inflation also ein ständiger Aufstieg, dem ein ebenso starkes Anwachsen derjenigen Kriminalverbrechen parallel geht, die in erster Linie auf Alkoholwirkungen zurückzuführen sind. Diese Fragen werden auch den „Deutschen Alkoholgegnertag“ wieder beschäftigen. Er tritt während der Internationalen Hygieneausstellung vom 22. bis 25. Juni in Dresden zusammen, während sich der Evangelisch-kirchliche Blautreuzbund am 21. und 22. Juni ebenfalls in Dresden zusammenfindet.

### Das Monatsgehalt des Angestellten.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Ausnahmefähigkeit des inneren Marktes von ausschlaggebender Bedeutung. Sie hängt in wesentlichem Maße von der Kaufkraft der breiten Massen, der Arbeitnehmer, ab. Unter ihnen gewinnen die Angestellten infolge ihrer rasch wachsenden Zahl immer mehr an Bedeutung. Es ist daher nicht nur für die Angestellten, sondern auch für die Allgemeinheit sehr wertvoll, die Lebensgrundlagen des deutschen Angestelltenstandes kennenzulernen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat eine Erhebung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Angestellten durchgeführt, die wertvolle Aufschlüsse gibt. Von der Erhebung wurden die verschiedenen Angestellten-Gruppen (kaufmännische, technische Angestellte, Werkmeister und Bureauangestellte) erfaßt. Das Teilergebnis über die im Reich gezahlten Bruttogehälter ergibt folgendes Bild: Die Hälfte der männlichen Angestellten, 50,2 Prozent, muß mit einem Bruttogehalt bis zu 250 Mark im Monat auskommen. Ein Gehalt von über 300 Mark beziehen 32,6 Prozent, von über 350 Mark 19,9 Prozent der männlichen Angestellten. Von den weiblichen Angestellten müssen 54,2 Prozent ihren Lebensunterhalt von einem Monatsgehalt bis zu 150 Mark bestreiten. Über 250 Mark monatlich erhalten 7,4 Prozent, über 350 Mark 1,1 Prozent der erfaßten weiblichen Angestellten. Die Bruttogehälter schließen die überrationalische Bezahlung und die sozialen Zulagen ein. Zu berücksichtigen ist, daß von den Bruttogehältern die gesetzlichen Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung abzuziehen sind. Wenn auch das vorliegende Ergebnis erst einen allgemeinen Überblick gestattet, lassen sich daraus doch schon wertvolle Rückschlüsse auf die vom Einkommen bedingte Lebenshaltung des Angestellten ziehen.

### Die Aufgaben der Reichsbahn.

In der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sprach der Direktor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Staatssekretär a. D. Vogt, über „Die Reichsbahn in der deutschen Volkswirtschaft“. Der Vortragende erklärte u. a., daß die Reichsbahn in den übrigen Verkehrsmitteln nicht nur den Wettbewerber sehe, sondern sich bemühe,

ungefunden Wettbewerb auszuschließen und ein der Gesamtheit nützlich zusammenarbeiten herbeizuführen. Sie bemühe sich aber auch um Anerkennung der Tatsache, daß die Eisenbahn, besonders die Reichsbahn, Sonderlasten zu tragen habe und gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sei, die für die übrigen Verkehrsmittel nicht gelten. Wenn dies auch unter normalen Verhältnissen insbesondere bei blühender Volkswirtschaft und schneller Entwicklung des Verkehrs für die Volkswirtschaft kein unbedingter Nachteil zu sein brauche, so lehre doch die Erfahrung, daß das Verhältnis zwischen Reichsbahn und Kraftwagen nicht so bleiben könne, daß die Entwicklung in irgendeiner Weise in geregelte Bahnen gebracht werden müsse, um der Reichsbahn die Möglichkeit zu geben, ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft gerecht zu werden.

### Ein großer Tag für Sport-England.

Am 12. April wird Sport-England in zwei Lager geteilt sein, in ein hellblaues und in ein dunkelblaues. Dunkelblau ist die Farbe der Oxford University, hellblau die Cambridges. 100 000 Zuschauer werden an den Ufern der Themse stehen und werden auf ihre Mannschaft warten. Zwischen Putney und Mortlake wird wieder einmal entschieden werden, wer von den beiden Universitäten die bessere Rudermannschaft sein eigen nennt. Es gibt drei sportliche Ereignisse in England, die den Briten so wichtig sind, daß er fast Haus, Hof und Beruf vergißt, das sind das Endspiel im Fußball, das Derby und Oxford — Cambridge. Diese drei Ereignisse ziehen ganz Sport-England in ihren Bann. In Dunkelblau und Hellblau sind die Zuschauer am 12. April eingeteilt, und der Vordirektor mit der dunkelblauen Schleife im Knopfloch nimmt es seinem Lehrling absolut nicht übel, wenn er eine hellblaue Schleife an seinem Anzug befestigt hat. Überall, auf den Straßen, in den Geschäften und an der Regattastrecke selbst wird man auf den ersten Blick erkennen, wer Oxford- und wer Cambridge-Anhänger ist. 1849 kam das Rennen zweimal zum Austrag, im März und im Dezember. Seit 1856, in welchem Jahr das dreizehnte Rennen stattfand, wird es stets Ende März oder Anfang April durchgeführt. Von 1915 bis 1919 fiel das Rennen aus. Die höchste Siegesserie hat Oxford mit je neun Siegen für die Zeit von 1861—1869 und 1890—1898 zu verzeichnen. Cambridge kam von 1925—1930 auf sechs Siege und von 1870—1874 auf fünf Siege.

## Eine irrtümliche Kriegserklärung.

Das von Harold Nicholson veröffentlichte Buch über das Leben seines Vaters, des späteren Lords Carnock, der in den entscheidenden Tagen vor dem Kriege als Sir Arthur Nicholson den Posten als ständiger Unterstaatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes bekleidete, hat in politischen Kreisen Londons großes Aufsehen hervorgerufen.

Aus dem Buche ergeben sich zwei bedeutsame Tatsachen: 1. daß die englische Kriegserklärung an Deutschland auf einem Irrtum beruhte und 2., daß zwischen England und Frankreich bereits ein fester Beschluß für die Verletzung der Neutralität Belgiens aus dem Jahre 1912 vorlag. Die dem deutschen Botschafter in London, Fürsten Nidnowsky, am 4. August 1914 übermittelte Note, die die Kriegserklärung enthielt, lautete: „Nachdem der britische Botschafter in Berlin seine Pässe verlangt hat, habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu unterrichten, daß in Übereinstimmung mit dem Wortlaut der Notifikation, die der deutschen Regierung heute unterbreitet worden ist, die britische Regierung von heute nacht 12 Uhr ab den Kriegszustand zwischen Deutschland und England als bestehend betrachtet. Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz Familie und Stab die Pässe beizufügen.“

Nach der Abfassung dieses Schreibens um 9.40 Uhr kam einer der Sekretäre des Auswärtigen Amtes mit der aufsehenerregenden Mitteilung, Deutschland habe an England den Krieg erklärt. Die Note an den Fürsten Nidnowsky wurde darauf in größter Eile neu entworfen und begann in der neuen Fassung mit den Worten: „Nachdem das Deutsche Reich Großbritannien den Krieg erklärt hat, habe ich die Ehre...“

Um 10 Uhr ging dann ein Telegramm des britischen Botschafters in Berlin im Foreign Office ein, in dem es hieß, daß Deutschland auf das britische Ultimatum, das durch Lord Grey um 2 Uhr nachmittags übermittelt worden war, nicht antworten werde und daß daher von Mitternacht ab Kriegszustand zwischen den beiden Ländern bestehe. Das Foreign Office war durch diese Mitteilung aufs härteste überrascht und stellte Nachforschungen darüber an, worauf die frühere Mitteilung, daß Deutschland die Initiative in der Erklärung des Krieges ergriffen habe, zurückzuführen sei. Er stellte fest, daß sie auf eine drabstlose Mitteilung an die deutsche Schifffahrt zurückging, in der sämtliche Schiffe auf die drohende Kriegsgefahr mit England hingewiesen worden waren. Der entscheidende Fehler war, wie in dem Buche einwandfrei festgestellt wird, auf die Admiralität zurückzuführen.

Noch bedeutsamer ist die zweite Feststellung des Buches, wonach jeder Zweifel darüber beseitigt ist, daß bereits ein Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges die Frage der Verletzung der Neutralität Belgiens zwischen Großbritannien und Frankreich sehr ernsthaft erwogen worden ist. Im November 1911 wurden 3. B. Vorbereitungen für die Verletzung von vier bis sechs englischen Divisionen auf den Kontinent in allen Einzelheiten ausgearbeitet. 1912 war die französische Regierung überzeugt, daß der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten oder in den darauffolgenden Jahren ausbrechen würde. 1913 vertraten maßgebende französische Militärs die Auffassung, daß es besser wäre, wenn die Auseinandersetzung nicht so lange verzögert würde. 1913 richtete der damalige Unterstaatssekretär Arthur Nicholson an den britischen Gesandten in Brüssel die Mitteilung: „Wir und Frankreich könnten in die Lage kommen, die Entsendung von Truppen über die belgische Grenze zu erwägen, um deutschen Truppen von der anderen Seite zu begegnen.“

Das Buch, das im ganzen auf die einwandfreie Feststellung der Thesen hinausläuft, daß England in Erfüllung einer Ehrenpflicht gegenüber Frankreich in den Krieg hineintrieb, ist auf einwandfreie Urkunden gestützt, die in dieser Form bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren.

## Öffentliches und privates Berlin.

Tragischer Tod einer Berliner. — Hochzeitsreise mit Abenteuern. — Otto Reutter jubiliert. — Schlechter Kurs für Berliner Festspiele.

In Ascona in der Südschweiz, nicht weit von Locarno, ist eine junge Berliner, Tochter eines sehr angesehenen

und in Österreich danke ich Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, aufrichtig. Indem ich Ihre Grüße auch im Namen der österreichischen Bundesregierung auf das wärmste erwidere, wünsche ich Ihrer Kanzlerschaft den besten Erfolg und bitte Sie und die Reichsregierung, der innigsten brüderlichen Anteilnahme an den Geschicken Deutschlands versichert zu sein.

## Besserung der Arbeitsmarktlage.

Langsames Sinken der Erwerbslosenzahl.

Dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die zweite Märzhälfte zufolge hat sich die Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt und gegenüber der Erleichterung in der ersten Märzhälfte weiter verstärkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. März in der Arbeitslosenversicherung 2 053 387, das bedeutet gegenüber dem 15. März eine Abnahme von 204 326, und in der Krisenunterstützung 293 710, was eine Zunahme von 7298 gegenüber dem 15. März bedeutet. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug mithin nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 31. März 2 347 077, das sind 256 000 mehr als im Vorjahre.

## Der „Polenschädentommisär“.

Die Entschädigung Reichsdeutscher auf Grund des Liquidationsabkommens.

Die Entschädigungsstelle für Reichsangehörige wegen ihrer Schäden auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens vom 31. Oktober 1929 ist nunmehr errichtet worden. Sie führt die Bezeichnung Der Kommissar für Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens (Polenschädentommisär) und hat ihren Sitz in dem Gebäude des ehemaligen Reichsentschädigungsamtes Berlin-Friedenau. Zum Leiter der Stelle ist der Oberregierungsrat Dr. Lazarus vom Reichsfinanzministerium ernannt worden.

Da die einzelnen Schadensfälle bekannt sind, wird das Entschädigungsverfahren

von Amts wegen eingeleitet

und durchgeführt, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf. Jeder Geschädigte erhält spätestens bis zum 30. Juni 1930 eine Mitteilung vom Amt, daß seine Schadenssache in Bearbeitung genommen worden ist. Wer bis zu diesem Zeitpunkt eine Mitteilung nicht erhalten hat, aber annimmt, gleichwohl einen unmittelbaren Vermögensnachteil auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens erlitten und demzufolge einen Entschädigungsanspruch gegen das Reich zu haben, hat seinen Schaden in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1930 bei dem Kommissar anzumelden.

Die Entschädigung soll zunächst durch Vergleich mit dem Geschädigten festgesetzt werden. In den Fällen, in denen ein Vergleich nicht möglich ist, wird die Entscheidung durch Bescheid der Spruchabteilung getroffen. Bis zur Ratifikation des Abkommens durch Polen werden alle Vergleiche unter dem Vorbehalt der Ratifikation geschlossen. Eine Eintragung der als Entschädigung festgesetzten Schuldbuchforderungen im Reichsschuldbuch kann erst nach der Ratifikation des Abkommens durch Polen erfolgen.

## Volkszählen ist zu teuer.

Eigentlich hätte in diesem Jahre 1930 im Deutschen Reich eine Volkszählung stattfinden müssen, weil alle fünf Jahre eine fällig wird und die letzte im Jahre 1925 stattgefunden hat. Die zuständigen Stellen haben sich aber die Sache überlegt und die Zählung diesmal ausfallen lassen, weil das Volkszählen zu kostspielig ist, und weil wir momentan unser Geld für bessere Zwecke verwenden können, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß eine Volkszählung von geringem Werte sei. Das Gegenteil ist der Fall! Aber wie gesagt, die kritische Wirtschaftslage zwingt uns, selbst wichtige Dinge einstweilen ungetan zu lassen.

Nur wenige dürften wissen, wie teuer sich eine Volkszählung gestaltet, wenn sie ordnungsmäßig durchgeführt werden soll. Die letzte Zählung zum Beispiel, die von 1925, hat nicht weniger als fast 16 Millionen Mark gekostet. Diese 16 Millionen verteilten sich freilich über mehrere Jahre, denn mit dem Zählen selbst ist eine Volkszählung noch lange nicht erledigt. Die eigentliche Arbeit fängt vielmehr erst nach der Zählung an, wenn das gewonnene Material verarbeitet werden muß, was immer mehrere Jahre in Anspruch nimmt und Hunderte von Hilfskräften beschäftigt. Als erste Rate für die Volkszählung von 1925 wurden im Etat 5 600 000 Mark angesetzt. Im Jahre 1926 forderte man wieder annähernd sechs Millionen. In den Jahren 1927 und 1928 wurden für den gleichen Zweck — also die Verarbeitung des Zählungsmaterials — zusammen etwa 3,5 Millionen Mark verbraucht und schließlich wurden sogar noch jezt im Nachtragsetat von 1929 fast 700 000 Mark angefordert. Also jezt, nach fast fünf Jahren, sind wir mit der Zählung von 1925 noch immer nicht im reinen, und wenn jezt wieder eine Volkszählung hätte stattfinden müssen, wären wir mit den Ausgaben für die Zählungen überhaupt nicht mehr fertig geworden. Also hat man aus ökonomischen Gründen die in Aussicht genommene neue Zählung einstweilen gestrichen.

## Der Kauf von Biesdorf.

Widersprechende Aussagen im Klare-Ausschuss.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung wurde am Mittwoch nachmittag von Siemens als Zeuge zum Gutsankauf Biesdorf vernommen. Er erklärte, er habe Berlin unmittelbar ein Angebot gemacht, jedoch seien die Verhandlungen gescheitert. Walzing habe sich erboten, diese Verhandlungen zu übernehmen. Als Käufer erschienen ein Dr. Funke, angeblich Inhaber der Gewerkschaft Hildegarde, der den Kaufpreis bar auf den Tisch legen wollte. An die Stelle von Funke sei später Steidel getreten. Walzing habe erklärt, er brauche 500 000 Mark für Provisionen, infolgedessen wurden auf den ursprünglichen Preis von vier Millionen 500 000 Mark aufgeschlagen. Als der erste Zahlungstermin herangekommen sei, habe Steidel kein Geld gehabt. Schließlich seien aber doch 200 000 Mark angesetzt worden. Als die Schlusszahlung von 1,1 Millionen fällig gewesen sei, sei seitens der Gewerkschaft Hildegarde erklärt worden, man habe kein Geld. Die Restforderung sei von der Siemens'schen Vermögensverwaltung an eine Genfer Bank für eine Million verkauft worden. Die restlichen 100 000 Mark seien als Schadenersatz eingeklagt worden. Der Zeuge bestritt entschieden, daß Walzing kein Vertrauen befehlen habe.

Abg. Dr. Deereberg (Dn.) erklärte, die Aussagen des Zeugen von Siemens ständen mit denen Steidels und Walzings in vielen Punkten im Gegensatz. Er habe den Eindruck, daß die Zeugen am Dienstag in ganz frivoler Weise eine falsche Darstellung gegeben hätten. Dann wurde der Direktor der Siemens'schen Vermögensverwaltung, Mattern, vernommen. Walzing habe keinen guten Eindruck gemacht. Er habe auch gleich einen Preis genannt, obgleich er Biesdorf nie gesehen hatte. (Weiterer Teil.)

Berichterstatter Abg. Könnecke stellte auf Grund der Zeugenaussagen fest, daß die Stadt Berlin bei einem direkten Kauf von der Siemens'schen Vermögensverwaltung das Gut Biesdorf

um zwei Millionen Reichsmark billiger

hätte erwerben können.

Oberbürgermeister Böß bestritt, daß er von der ehemaligen Besitzerin des Gutes Neu-Kladow, das später von der Stadt angekauft wurde, irgendwelche Mittel für die Berliner Festspielwochen erhalten habe. Ein in den Akten befindlicher Brief des Stadtrates Busch, worin die Besitzerin des Gutes Neu-Kladow gebeten wird, 100 000 Mark von dem Verkaufspreis des Gutes für den Festspielfonds des Oberbürgermeisters zu stiften, war dem Zeugen unbekannt.

Böß erklärte, zum Schluß, daß der ehemalige Besitzer des Gutes, Kiepert, sich für die städtische Jugendpflege und die Festspiele „sehr interessiert“ gezeigt habe und freiwillig 100 000 Reichsmark zur Verfügung stellte, von denen 75 000 Reichsmark für die Jugendpflege und 25 000 Reichsmark für die Festspiele bestimmt waren.

Die Weiterverhandlung wurde darauf vertagt.

## Beginn des Menschenraubprozesses.

Die Needer und der Kapitän des „Falle“ vor Gericht.

In Hamburg begann der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die Needer und den Kapitän des Dampfers „Falle“ — Felix Prenzlau, Felix Kramarsky und Zippitt —, der sogenannte Menschenraubprozeß, über dessen Vorgeschichte wiederholt berichtet worden ist. Unter den Zuhörern sind

das Auswärtige Amt

und die fremden Konsulate, besonders die südamerikanischen, stark vertreten. Man sah ferner den Reichskommissar beim Seeamt, Admiral v. Ullrich, und zahlreiche Juristen und Schiffahrts- und Handelsvertreter von Rang. Bei Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Alsberg, Berlin, den Antrag auf Vertagung, weil der Eröffnungsbeschluss lückenhaft sei. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrage. Das Gericht beschloß, die Verhandlung durchzuführen, indem es den Vertagungsantrag ablehnte.



Der Kommandant des Dampfers „Falle“, Kapitän Zippitt (mit Wappe).

Es folgte dann die Vernehmung des Angeklagten Prenzlau. Er erklärte, daß er und Kramarsky schon früher Waffengeschäfte mit China gemacht hätten, und daß er daher keine Bedenken gehabt habe, auch

mit Venezuela

ein Waffengeschäft zu machen. Es sollten 2000 Gewehre und eine Million Schuß Munition an venezolanische Aufständische geliefert werden, und zwar sollten sie zuerst nach einer kleinen Insel im Atlantischen Ozean gebracht werden. Ein solches Waffengeschäft sei durchaus nichts Unmoralisches und außerdem hätten er und sein Sozjus dabei 200 000 Dollar verdienen können. — Es geschieht, wie hier bemerkt sein mag, in der Geschichte der deutschen Strafrechtspflege zum erstenmal, daß der § 234 des Strafgesetzbuches zu einem Strafverfahren führt. Der Paragraph lautet: „Wer sich eines Menschen durch List, Drohung oder Gewalt bemächtigt, um ihn in hilfloser Lage auszunutzen oder in Sklaverei, Leibeigenschaft oder in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen, wird wegen Menschenraubes mit Zuchthaus bestraft.“

Es wird immer mehr bekannt,

daß aus deutschem Roggen der beste und vor allem der gesündeste Ersatz für echten Kaffee bereitet wird. Nehmen Sie daher im Interesse der Gesundheit Ihrer Angehörigen nur

## „Seelig's Kornkaffee“

mit der hochwertigen Kandierung



Dr. Lahmanns Hausgetränk.

1 Pfundpaket 55 Pfennig.

Zubereiten wie Bohnenkaffee!

## Der neue Ullig-Prozeß.

Starker Andrang von Publikum und Presse.

Unter starkem Andrang des Publikums und in Anwesenheit von zahlreichen Pressevertretern des In- und Auslandes begann vor dem Rattowitzer Appellationsgerichtshof die Berufungsverhandlung in dem Prozeß gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes und früheren Abgeordneten des Schlesischen Sejms, Ullig. Im Zuhörerraum bemerkte man zahlreiche Führer des Deutschtums in Ostoberschlesien und das Mitglied des Enklischen Unterhauses Oberst Malone

(Arbeiterpartei), der sich seit langem mit der europäischen Minderheitenfrage beschäftigt. Ullig sitzt diesmal nicht auf der Anklagebank, sondern neben seinem Verteidiger, Dr. Baj. Den Vorsitz der Verhandlung, zu der nur 13 Zeugen gegenüber 16 in der ersten Instanz geladen wurden, führt Dr. Zechenter. Ein Beisitzer verlas dann die Anklageschrift, die letzten Sachverständigenurteilen und das Urteil der ersten Instanz mit der umfangreichen Begründung. Nach der Anklageschrift soll Ullig einem polnischen Militärpflichtigen die Entziehung von der Dienstpflicht ermöglicht haben.

## Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 10. April 1930.

### Osterpaketverkehr.

Die Post bittet, zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen die Osterpakete und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort, soweit notwendig unter näherer Bezeichnung seiner Lage, besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket und dem Päckchen muß die vollständige Anschrift des Absenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In dem Päckchen sind Hohlräume mit Holz- oder Wollwolle auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

— Für Hühnerhalter. Die Zeit, in der sich die Hühner auf den Nachbargeländen die Unterlagen zur Erzeugung frischer Eier im Interesse des Wohlergehens ihrer Besitzer holten, ist vorbei. Die Besitzer sind gezwungen, ihr Geflügel auf eigenem Grund und Boden zu halten, um Strafmandanten vorzubringen. In Lauenburg (Elbe) ist folgende poetische polizeiliche Bekanntmachung zu lesen: „Willst Du liebe Nachbarn nicht verdrießen, so vergiß jezt nicht, die Hühner einzuführen. Sie scharren, picken in der grünen Saat — Und hinterher folgt noch das Strafmandat.“ Vielleicht ist dieser Vierzeiler nicht gerade den Regeln der Poetik gemäß gebildet, aber wahrscheinlich tut er bessere Wirkung als das bestellte „Es ist verboten.“

### Halber

— Gestern nachmittag fand auf dem hiesigen Friedhof die Beisetzung des im besten Mannesalter verstorbenen Reichsbahnoberrat Ernst Koecker aus Rüttrin statt. Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus hielt eine tiefgründige Grabrede und segnete die Leiche ein. Der hiesige Landwehrverein erwies dem Verstorbenen mit einer Gedenktafel und Fahne die militärischen Ehrenbezeugungen. Die akademische Verbindung, Burjenschaft Charlottenburg, war ebenfalls mit einer Fahnenabordnung erschienen. Der Korps-Vorsteher widmete dem so plötzlich aus dem Leben gerissenen einen warmen Nachruf. — K. war an dem Bahnbau Brügge-Halber-Madebormwald und Halber-Wippert tätig und somit Halber kein Fremder. In dieser Zeit hat er auch seine Lebensgefährtin gefunden, die Ww. Marie Gude geb. Winkhaus, mit der er 20 Jahre lang in glücklicher Ehegemeinschaft leben durfte. Er ruhe in Frieden!

— Auto-Zusammenstoß. Gestern abend kurz nach 7 Uhr stießen am runden Eck, da wo die Frankfurter- und Berlinerstraße zusammenstoßen, zwei Autos zusammen. Zwei Personentransportwagen, von denen der eine die Berlinerstraße herunter und der andere aus der kleinen Frankfurterstraße kam, prallten vor dem Denninghoff'schen Hause aufeinander. Beide Fahrzeuge hatten nur mäßige Geschwindigkeit, sodaß nur die Vorderteile der Wagen, Kotflügel usw. beschädigt wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Nach kurzem Aufenthalt führen beide Wagen weiter. Wie das Unglück entstanden ist, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden, aller Wahrscheinlichkeit ist ein Wagen zu weit links gefahren.

—!! Lichtspiele Carlshöhe. Der Liebesstreit. Niemand weiß, weshalb eigentlich die Frauen als das schwache Geschlecht bezeichnet werden, denn sobald es zum Kampf kommt, hat sich bisher fast regelmäßig das schwache Geschlecht als das stärkere erwiesen. Was uns schon die antike Komödie „Thystrata“ gelehrt hat, wiederholt uns Ludwig Angenruber in seiner herrlichen Bauernkomödie von den „Kreuzschreibern“ und jezt sagen es uns diese „Kreuzschreiber“ noch einmal von der Leinwand herab in dem Film: „Der Weiberkrieg“, der von der Münchener Lichtspielkunst A.-G. nach Angenrubers großer Komödie von Franz Seitz gedreht wurde, und vom 12. bis 13. April in den Lichtspielen Carlshöhe zur Aufführung gelangt. Es ist nur gut, daß über den Geschlechtern noch eine stärkere Macht waltet, denn sonst würde dieser Kampf überhaupt kein Ende nehmen können, und diese stärkere Macht, welche den pfiffigsten Feldzugsplan des überlegenen schwachen Geschlechts zu Schande macht, ist wie immer und auch in unserem Film die alles besiegende Liebe. Weiter läuft: Die neue Heimat. Diese 7 Akte geben das Schicksal eines der vielen Auswanderer wieder, die viel gewinnen wollen und alles verlieren.

### Schalksmühle

— Herr Friedrich Woeke zu Lauensteideröhl bei Schalksmühle begeht am Freitag, dem 11. April in völliger körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Er weilt augenblicklich bei seinem Schwiegerohn Herrn Postmeister Vikus in Meinerzhagen. Unsern besten Glückwunsch.

### Kierspe

—r Gemeinderatsitzung. Der Gemeindevorsteher hat die Mitglieder des Kiersper Gemeindeparlamentes zu einer Sitzung am Freitag, dem 11. d. M. nachmittags 3 1/2 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses geladen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Einführung des Gemeindeverordneten Herrn Schmidt aus Vollwert an Stelle des zurückgetretenen Vertreters Neppel. 2. Unterstützungssachen. 3. Abnahme der Sparkassenrechnung. 4. Bericht der Baukommission über die Befichtigung der Schule und Lehrershaus. 5. Ausbesserung der Gemeindehäuser. 6. Bericht der Wasserwerkskommission betreffend Erweiterung der Wasserleitung. 7. Wohnungssachen. 8. Waldsachen. 9. Beschlußfassung neuer Satzungen für Berufsschule. 10. Wahl von 4 Gemeindevertretern zur Schuldeputation. 11. Biersteuer. 12. Wegeachen. 13. Verteilung der Jugendpflegemittel für 1930. 14. Schüleränderungen. 15. Verschiedenes.

—s Eine Sitzung der Kirchenvertretung findet am Samstag nachmittag in der Kirche statt. Auf der Tagesordnung stehen Steuerbeschlüsse etc.

### Kierspe-Bhf.

—h Die Jahresversammlung der Boringhauser Schweineversicherung Kierspe-Bhf. fand im Hotel Cramer statt. Dieselbe war nur schwach besucht. Die Jahresrech-

nung war geprüft und für stimmend befunden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Die Einnahme für 64 versicherte Schweine betrug einschl. Eintrittsgeld im Geschäftsjahr RM. 193,50. An Zinsen aus 1928 RM. 15,48. Hierzu kommt ein Sparkassenguthaben von RM. 286,80, so daß als Gesamteinnahme RM. 495,78 zu verzeichnen waren. Die Ausgabe betrug 1,40 RM. Womit verbleibt ein Gesamtvermögen von RM. 494,38. Hierzu kommen noch die Zinsen aus 1929. Zu Vorstandsmitgliedern für das Jahr 1930 wurden gewählt: Fritz Lohmann als 1. Vorsitzender, Paul Weier als 2. Vorsitzender, Wilhelm Berse als Schriftführer, F. W. Rittinghaus als 1. Kassierer und August Linde als 2. Kassierer. Zu Tagatoren bestimmte man Carl Fäßbender, Fritz Schuster und Rud. Schlieper. Der Beitrag wurde von 3 RM. auf 2 RM. herabgesetzt. Mitglieder, welche im verflossenen Jahr ein Schwein aufgezogen, welches aber nicht versichert haben, müssen bei einer Neuversicherung das Eintrittsgeld zahlen. Für verendete Schweine soll folgendes gezahlt werden: bis 20 Pfd. 1,75 RM., bis 30 Pfd. 1,50 RM., bis 40 Pfd. 1,35, bis 50 Pfd. 1,20, bis 60 Pfd. 1.— bis 70 Pfd. 0,90, über 70 Pfd. 80% des Dortmunder Marktpreises pro Pfund ohne jeden Abzug. Sämtliche versicherten Schweine sollen auf Kosten der Kasse geimpft werden. Nach Besprechung interner Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

—b Die Meisterprüfung im Damen- und Herrenfriseurhandwerk bestand vor dem Prüfungsausschuß der Friseur Herr Fritz Marlowitz von hier mit dem Prädikat „Gut“.

—b Der Straßenteil zwischen der Molkerei und der Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft ist nunmehr bis zum Anwesen des Herrn W. Jfenburg für den öffentlichen Verkehr freigegeben worden.

.. Brügge, 10. April. Am letzten Sonntage fand unter Mitwirkung des Kirchchors in der schön geschmückten Kirche die Konfirmation der diesjährigen Konfirmanden statt. Es waren im ganzen 29 Kinder, 13 Knaben und 16 Mädchen. Dazu kommen dann eigentlich noch 4 Kinder, welche in Länderscheid konfirmiert sind. Im ganzen sind noch nie in den letzten Jahren so wenige Kinder konfirmiert worden, wie in diesem Jahre. Mögen sie alle sich ihrem Bekenntnisse und Gelübde treu erweisen.

Altena, 9. April. Vom Landratsamt. Anstelle des verstorbenen Regierungs-Ärztlers Dr. Rütten ist dem hiesigen Landratsamt der Regierungsassessor Dr. Krause als Hilfsarbeiter überwiesen worden.

Bochum, 9. April. Die Stauseepläne des Ruhrverbandes. Die Ausführung durch die Hollandemission des Ruhrverbandes geschieht. — Der Herbeder See vor der Znangriffnahme. Wie wir erfahren, ist der Ertrag der in diesen Tagen aufgenommenen Hollandanleihe in Höhe von 7 Millionen Gulden in erster Linie dazu bestimmt, das Bauprogramm des Ruhrverbandes, das bekanntlich außer dem fertiggestellten Hengstey-See und dem bereits in Angriff genommenen Harfort-See weitere sechs Ruhrtauseen von Hagen bis zum Rhein mit einer Gesamtoberfläche von 11,4 Quadratkilometer und einem Fassungsvermögen von insgesamt 29,5 Millionen Kubikmeter umfaßt, fortzuführen. Bei diesen dieser Stauseen sind auch elektrische Höhengpeicher in der Art, wie sie sich beim Hengstey-See so außerordentlich gut bewährt haben, möglich. Das Bauprogramm für die eigene Einnahmen bringenden Anlagen, also die Abwässerungs-Reinigungsanlagen und die Sammelkanäle, ist im wesentlichen beendet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Jahresbeiträge der Mitglieder, zu denen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, der Ruhrtal-Sperrenverein mit mehr als 200 Wasserwerken, die Städte Essen, Dortmund, Duisburg, Bochum, Mülheim, Oberhausen, Hagen, die Vereinigten Stahlwerke A.-G., die Harpener Bergbau A.-G., die Bergbau A.-G. Lothringen und die Gutehoffnungshütte in Oberhausen neben zahlreichen anderen Städten, Gemeinden und Industrien des Ruhrgebietes gehören, durch die neuen Bauten wesentlich erhöht werden müssen. Die neu hinzukommenden Lasten an Zins und Tilgung, auch die Lasten der letzten holländischen Obligationenanleihe, werden voraussichtlich durch die Einnahmen der Stauseen gedeckt werden können. Die Auswahl unter den übrigen sechs Seen wird in der Baupläne der nächsten Jahre nach der wirtschaftlichen Durchführbarkeit getroffen werden. Abwassertechnik ist der Herbeder See an der Verschärfung der dringendsten, doch hat er den Nachteil, daß er kraftwirtschaftlich weniger gut ausgenutzt werden kann und infolgedessen einen erheblichen Betriebszuschuß erfordern dürfte. Ungeachtet dessen steht seine Znangriffnahme bevor. Vorzugsweise die

Arbeiten an der Ausführung dieses Sees sollen aus dem Ertrag der jüngsten Hollandanleihe finanziert werden. Krefeld, 8. April. Um die Stilllegung des Stahlwerkes Veder. In einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde an das Aufbaufortium die Bitte gerichtet, ohne Rücksicht auf den Widerspruch der Freien Gewerkschaften die Stilllegung des Werkes zu verhindern.

O Von seinem Stiefsohn erschlagen. In Berlin wurde der Arbeiter Trottnow von seinem Stiefsohn, dem 24jährigen Zimmermann Heffenstein, mit einer Art erschlagen. Der Täter, der sich freiwillig der Polizei gestellt hat, will in Notwehr gehandelt haben, da er sich von dem völlig betrunkenen Stiefvater bedroht gefühlt habe.

## Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

—)O( Halver, den 10. April 1930.

Es geht hier das Gerücht um, mit dem neuen Fahrplan solle am 1. Mai der Spätwagen von Mark Sauerland nach und von Hagen nach nur monatlichem Betrieb schon wieder eingehen. Da aber von keiner Seite eine Bestätigung dieses Gerüchtes vorliegt, kann man wohl annehmen, daß es sich um einen Irrtum handelt.

Immerhin halten wir es für angebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß innerhalb der Bürgerschaft vielfach die Ansicht vertreten wird, man habe bisher noch nicht die Überzeugung gewinnen können, daß der Spätwagen eine dauernde und zuverlässige Einrichtung werden sollte. Die Meinung der Bürgerschaft stützt sich darauf, daß hin und wieder Neuerungen des Fahrpersonals laut werden, die eine solche Deutung zulassen, insbesondere stützt sie sich aber auf die Tatsache, daß die Betriebsführung des Spätwagens an Zuverlässigkeit sehr zu wünschen übrig läßt. Man könne immer wieder die Beobachtung machen, daß der Spätwagen die Plan-Zeit nicht einhält, sondern auf den Zwischen-Stationen bis zu 15 Minuten zu früh abfährt, auch habe er aus geringfügigen Ursachen die Fahrt abgebrochen und sei nach Hause gefahren. Sollte daher der Spätwagen die nötige Frequenz noch nicht erreicht haben, so wird in der Hauptsache der Grund darin zu suchen sein, daß man es nach Möglichkeit vermeiden wird, sich dieses Verkehrsmittels zu bedienen, solange es sich nicht als zuverlässig erwiesen hat. Eine Verspätung muß jeder Fahrgast unter Umständen einmal in den Kauf nehmen, er kann aber unmöglich mit einer zu frühen Abfahrt rechnen. Ohne Frage kann über die Rentabilität des Spätwagens erst dann ein abschließendes Urteil gefällt werden, wenn er längere Zeit pünktlich und zuverlässig verkehrt und sich das Reise-Publikum an ihn gewöhnt hat. Natürlich muß der Wagen dann auch Sonntags fahren.

Es ist doch ein unhaltbarer Zustand, wenn ein Platz von der Bedeutung Halvers nach 8 Uhr abends von und nach Hagen keine Verbindung mehr hat.

Sollte aber sich aus technischen Gründen eine Einschränkung als notwendig erweisen, bezw. sollte die Gemeinde Kierspe dem Spätwagen nicht das nötige Interesse entgegenbringen, so möchten wir zur Erwägung anheimgeben, dann die Einschränkung nicht auf der Strecke Halver-Hagen, sondern auf der weniger frequentierten Strecke Halver-Kierspe vorzunehmen, und auf dem Gelände der K. A. G. den Spätwagen unterzubringen.

Es wäre wünschenswert, wenn der Verkehrsverein sich in dieser Richtung bemühen, vielleicht auch die Anregung geben würde, die Fahrzeiten zu verkürzen, das würde fraglos eine Belebung des Verkehrs und des weiteren zur Folge haben, daß die Verführung nicht mehr so nahe liegt, zu früh abzufahren.

Man hat es übrigens auch noch nicht vergessen, daß „Wupper-Sieg“ seinerzeit einen 4 maligen Verkehr nach Hagen zugesagt und einen 5 maligen Verkehr in Aussicht gestellt hat. Mindestens das Gleiche zu tun, wurde damals von „Mark-Sauerland“ zugesagt.

Mögen diese Zeiten dazu beitragen, daß bei Aufstellung des Sommerfahrplans die Belange unserer Gemeinde gewahrt werden.

## Was man noch wissen muß.

Großenhain behält seine Garnison.

Die in Großenhain liegenden beiden Eskadronen des Reiterregiments 12 bleiben nach einer nunmehr getroffenen Entscheidung des Reichswehrministers endgültig in Großenhain. Der Ministerpräsident sprach dem Reichsminister den Dank der Staatsregierung und der Stadt Großenhain aus.

## Eine unwahrscheinliche Anschuldigung.

Der Käsehändler Felgner aus Falkenau bei Gaimichen, der beschuldigt wurde, er habe sich an der Haltestelle Dittersbach absichtlich von einem ausfahrenden Zuge das untere rechte Bein abfahren lassen, um eine Versicherungssumme zu erschwindeln, wurde vom Schöffengericht Freiberg aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

## Furchtbare Bluttat eines Inders.

Auf dem Bahnhof von Bombay gab ein Inder mit einem Gewehr blindlings zahlreiche Schüsse ab, wodurch vier Personen getötet und zwei verwundet wurden. Erst als die Ladung erschossen war, gelang es, den Mann zu überwältigen.

## London—Kapstadt-Flug der Herzogin von Bedford.

Die Herzogin von Bedford ist mit dem Kapitän Barnard in einem Fokker-Jupiter-Eindecker zu ihrem Flug von London nach Kapstadt und zurück gestartet. Die Herzogin will einen neuen Rekord aufstellen.

## Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 9. April.

Weitere Beschuldigung kommunistischer Zersetzungsschriften. Berlin. Im Verlaufe der weiteren Nachforschungen nach Zerstörung kommunistischer Zersetzungsschriften für Schutzpolizei und Reichswehr hob die Polizei erneut eine Druckeret in der Wilhelmstraße in Berlin-Charlottenburg aus. Neben größeren Mengen von Zersetzungsschriften, insbesondere solchen für die Reichswehr, wurde umfangreiches Druck- und Beweismaterial beschlagnahmt. Insgesamt sind bisher fünf Personen festgenommen worden, unter anderen der Druckerbesitzer Leitz und dessen Sohn. Inzwischen wurde eine weitere Druckeret ermittelt, die sich ebenfalls mit der Herstellung von Zersetzungsschriften befaßt hat. Die Feststellungen haben ergeben, daß zwischen dem vor einigen Tagen dem Richter vorgeführten Friedrich und den erwähnten Druckereten ein enger Zusammenhang besteht.

## Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Brieg (Bez. Breslau). Zwischen Mitgliedern der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des Reichsbanners, die aus Versammlungen im Dorfe Reichschütz heimkehrten, kam es vor der Stadt Brieg auf der Brücke über den Unteren Kanal zu einem Zusammenstoß. Dabei wurden zwei Reichsbannerleute so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Schuld an dem Zusammenstoß schiebt eine Partei der anderen zu.

## Die Trauerfeier für die Königin von Schweden.

Rom. Für die Königin von Schweden fand in der deutschen evangelischen Kirche in Rom eine feierliche Totenandacht statt. Das Orchester spielte Sändels Largo, worauf auf besonderen Wunsch der heimgegangenen Königin der Choral „So nimm denn meine Hände“ erklang. Die Gedächtnisansprache hielt ein schwedischer Geistlicher, während der deutsche Pfarrer von Kaltenborn-Stachau das Gebet sprach. Tief ergriffen folgte König Gustaf von Schweden der Feier, an der auch der König von Italien, Mussolini und sämtliche Minister der italienischen Regierung, der Prinz von Hessen, die Prinzessin von Baden, die kaiserliche Familie Fürstberg, der deutsche Botschafter sowie die übrigen in Rom akkreditierten Diplomaten teilnahmen.

## Rundgebung gegen die Sowjetunion.

Paris. Von dem Gebäude der Pariser Sowjethandelsdelegation wurde nachts eine Tafel mit den Hakenkreuzen der Sowjetunion abgerissen. Nach den Tätern wird gefahndet.

## Nominierung eines weiblichen Senators in U. S. A.

Chicago. Nach einem leidenschaftlichen Wahlkampf, bei dem Feuerwerk, Bomben und ein Entführungsvorfall eine Rolle spielten, wurde Frau Ruth McCormick, Witwe des Senators McCormick, zum republikanischen Kandidaten von Illinois für den Senat nominiert. Sie hat gute Aussichten, der erste weibliche Senator der Vereinigten Staaten zu werden. Ihr im Wahlkampf unterlegener Gegner war der Senator Charles Deneen.

## Aufstandsbewegung in Brasilien.

Buenos Aires. In dem brasilianischen Staat Parahyba (nördlich von Pernambuco) ist eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen.

## Hauswirtschaftliches.

Eine ergiebige Goldader, zugänglich für jedermann, ist neuerdings wieder das Ziel aller derer geworden, die nach Wohlstand streben. Man hat erkannt, daß durch planmäßige Wäscheputzerei mit Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) sich wesentliche Ersparnisse herauswirtschaften lassen, die im Laufe der Zeit ein ganz erhebliches Einkommen ergeben. Das sollte jede Frau vor dem Waschtage bedenken.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

**Sigung**  
der Gemeindevertretung  
Hülseheid  
findet am Mittwoch, den  
16. April d. Js., 15 1/2  
Uhr in Heesfeld (Gasthof  
Spelsberg) statt.  
Haushaltsplan 1930.

**Lehrling**  
für Schreinerei  
gesucht.  
Ewald Gödersmann  
Breckfeld.

**Nichtversetzte**  
Schüler (innen) aller  
Schulen können Zeit-  
verlust einholen. In-  
dividueller Unter-  
richt, kleine Klassen.  
**Paedagogium**  
Privatsch. - Schülerh.  
Hagen Bahnhofstr. 34

In 3 Tagen  
**Nichttraucher**  
Auskunft kostenlos:  
Santas-Depot, Halle a. S. 371.

**Junge Stenotypistin**  
für Kierspe-Bahnhof gesucht,  
perfekt in allen Büroarbeiten, insb. Buchhaltung  
Angebot mit Angabe der Gehaltsansprüche  
und Zeugnisabschriften unter S. 3. 2 an die Ge-  
schäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers in Halver.

**Empfehle mein reichhaltiges Lager**  
in:  
Knaben-, Burschen-, u. Herren-Anzügen  
in allen Farben und Stoffen. Knaben-,  
Burschen- und Herren-Sport-Anzüge  
in Loden, Reitcord und Wildleder.  
Monteur-Anzüge, Kam'ngarn-, Buxkin-  
und Arbeitshosen. Knaben-Strick-An-  
züge, Herren-Strickwesten in vielen  
Farben. Pullover für Damen, Herren  
und Kinder in allen Größen. Loden-  
u. Schwedenmäntel für Knaben, Burschen  
und Herren zu äußersten Preisen.  
Die neuesten Herren- u. Damen-Stoffe  
in allen Preislagen und Farben. Motor-  
fahrer-Anzüge, Lumberjacks und Leder-  
jacken für Herren u. Damen in schwarz  
braun, rot u. grün. Nichtpassendes wird  
sofort unentgeltlich passend gearbeitet  
**Hugo Nieding, Halver-Eichholz 4.**



**Dr. Thompson's**  
**Seifenpulver Marke Schwan**

**Wer**  
hochkommen  
**will**  
muß  
**inserieren**  
in dem  
**Allgemeinen Anzeiger u.**  
**Schalksmühler General - Anzeiger.**

|                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                  |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Empfehle mich in<br>Lieferung<br>und<br>Anpflanzung<br>sämtlicher<br><b>Nadel- u. Laub-<br/>holzpflanzen</b><br>zu billigsten Preisen.<br><b>Ernst Rüdch jr.,</b><br>Forstkulturgehäft,<br>Elbringhausen b. Kierspe.<br>Tel. Nr. 67 Amt Meinerzhagen. | Erhalte Samstag, vor-<br>mittag, den 12. 4. 1930<br>prima<br>oldenb.<br>Schweine<br><b>Wilh. Wirth,</b><br>Rönfahl,<br>Telefon 150.              |
| <b>Bilbig! Bilbig!</b><br>18 holl. Heringe.<br>1,00 Mk.<br><b>Otto Meisterjahn,</b><br>Kierspe.                                                                                                                                                       | Erhalten Freitag, den<br>11. April<br><b>Oldenburger Schweine</b><br><b>Berges &amp; Borlinghaus,</b><br>Kierspe-Whf.<br>Telefon Nr. 673 u. 274. |